

# Großbritannien: Politik der Regierung schlechte Nachricht für Papierindustrie

David Workman, Generaldirektor der CPI, hat jetzt an Schatzkanzler George Osborne geschrieben und gewarnt, dass die ‚kumulativen Auswirkungen‘ der Politik, die die Reduktion von Kohlenstoffemissionen zum Ziel haben, die Kosten der Papierindustrie bis zum Jahr 2020 um viele hundert Millionen Pfund steigen lassen werden. Workman zufolge macht die Industrie jährlich 5 Milliarden Pfund Umsatz und beschäftigt direkt und indirekt etwa 100 000 Menschen.

Im ‚Namen der auf die Papierherstellung basierenden Industrien in UK‘ sagte Workman, dass das bevor stehende Herbst-Statement des Kanzlers (geplant für den 5. Dezember) ein wichtiges Forum sein wird, einige dieser Sorgen anzusprechen. Dies deswegen, weil das Jahr 2013 die Einführung zahlreicher Kohlenstoff reduzierender Maßnahmen markiert einschließlich des [EU Emissions Trading Systems](#), des [Carbon Price Floor](#) [?] sowie der ‚neuen und herausfordernden‘ Ziele zum [Climate Change Agreement](#).



Bild: David Workman

‚Die CPI erkennt an, dass die Koalitionsregierung während der vergangenen zweieinhalb Jahre eine Anzahl von Maßnahmen in Kraft gesetzt hat, um die Auswirkungen der Aktivitäten für die hoch ambitionierten Ziele in UK zur Kohlenstoffreduktion und den Erneuerbaren abzufedern. Das Paket mit den 250 Millionen Pfund für die EEIs aus dem Herbst 2011 waren eine willkommene Maßnahme, aber nur ein Tropfen im Ozean dessen, was erforderlich ist, um die kumulativen Auswirkungen der Kosten der Regierungspolitik zu minimieren‘, schrieb Workman.

Unter Hinweis auf die Tatsache, dass die UK-Papierfabriken jetzt 42 Prozent

(1,6 Millionen Tonnen) weniger fossile Treibstoffe für jede hergestellte Tonne Papier verbrauchen als im Jahr 1990 (nachzulesen im DECC-Bericht zu Klimaänderungs-Abkommen 2011), sagte Workman, dass die Industrie ‚ihren Beitrag geleistet‘ hätte und es jetzt Sache der Regierung ist, die ‚Auswirkungen abzuschwächen‘, die das Erreichen der UK-Ziele bzgl. Kohlenstoffreduktion und Erneuerbare mit sich brächten.

Er räumte ein, dass die Papierherstellung ‚an sich ein energieintensiver Prozess‘ ist und dass daher die Hersteller in UK international angemessene Energiepreise brauchen, um wettbewerbsfähig und weiterhin attraktiv für Investitionen im Inland zu bleiben.

‚Ein Beispiel einer verfehlten Politik ist der bevor stehende Carbon Price Floor (CPF), durch den die Stromkosten in UK als zusätzliche Steuer auf fossile Treibstoffe zur Stromerzeugung aufgebläht werden. Dies wird als grüne Maßnahme präsentiert, scheitert aber an zwei wesentlichen Schlüsselstellen.

Technisch wird das Bestreben nach einer Reduktion der Kohlenstoffemissionen nicht erfolgreich sein, weil die generellen EU-Emissionen nicht reduziert werden, was bedeutet, dass die Industrien anderswo in der EU von niedrigeren Kosten profitieren werden. Praktisch wird die Industrie in UK in garantiert höheren Energiepreisen gefangen sein als anderswo. Während schon das Ausgangsniveau der Besteuerung besorglich ist, bedeuten die damit einhergehende Zunahme der jährlichen Kosten dieser politischen Maßnahmen eine Eskalation. Die steigenden Stromkosten in ganz UK – Zahlen vom DECC zeigen substantiell höhere Strompreise bis zum Jahr 2020, wonach sie wieder sinken könnten – garantieren jetzt Schmerzen, die vielleicht später etwas abnehmen‘.

Workman schloss, indem er einige Maßnahmen umriss, die ‚die Industrie im nächsten Herbstbericht gerne sehen würde‘:

- ‚Unterstützung für ein grundlegendes Programm zur Energieeffizienz für die Industrie‘ durch Bereitstellen einer ‚substantiellen‘ Menge des Geldes, das von der Industrie durch den Zertifikatehandel (ETS) und der CPF-Besteuerung zu diesem Zweck erhoben wird.
- Ein ‚Überdenken‘ der explodierenden CPF-Kosten, weil eine Zunahme der mit Strom zusammen hängenden Kohlenstoffkosten von effektiv Null im Jahr 2012 auf 33 Pfund pro Tonne Kohlendioxid ‚schlicht nicht nachhaltig wettbewerbsfähig‘ ist. Die CPI sagt, dass sie am liebsten sehen würde, wenn man die CPF komplett streichen würde.
- ‚Belohnung und Unterstützung‘ mittels Investitionen in die Stromerzeugung vor Ort zum Selbstverbrauch durch Befreiung von Steuern, da die gegenwärtige Politik ‚die wirtschaftliche Motivation von Investitionen‘ zerstört.
- Man unterstütze die weitere Entwicklung von ‚effizienteren‘ Wärme- und Stromerzeugung (CHP) durch Einspeisetarife oder ‚andere unterstützende Mechanismen‘.
- Man ‚akzeptiere‘, dass zur Energiesicherheit eine Mischung aus vielen Technologien zur Energiegewinnung erforderlich ist, und das Gas eine

Hauptrolle spielen wird bis mindestens in die dreißiger Jahre dieses Jahrhunderts.

## **Umweltbedenken**

Der Brief markiert eine tiefer werdende Trennlinie zwischen der EEI-Industrien und der [low-carbon industry](#) und [Umweltaktivisten](#), mit zunehmender Besorgnis über Osbornes und Energieminister Edward Daveys erkennbarer Bevorzugung, Gas als wesentlichen Bestandteil der Energiezukunft in UK zu erhalten.

Im September schrieb das unabhängige Committee on Climate Change (CCC) einen [offenen Brief](#) an Energie- und Klimaänderungsminister Ed Davey des Inhalts, dass die Regierung das rechtlich bindende Ziel einer 80-prozentigen Reduktion von Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2050 (verglichen mit dem Niveau von 1990) brechen könnte, wenn die Pläne neuer Investitionen in Gas weiter verfolgt werden.

„Der extensive Gebrauch unverminderter gasbefeuerter Kapazitäten (d. h. ohne die CCS-Technologie) im Jahr 2030 und darüber hinaus wäre unvereinbar mit dem Erreichen der gesetzlichen Kohlenstoffziele“, schrieb die Gruppe und kritisierte weiter die „offensichtlich ambivalente Position der Regierung hinsichtlich der Frage, ob man versuchen sollte, ein System mit niedrigem Kohlenstoff oder eines auf Gas basierenden erschaffen sollte“.

Am 15. November haben Friends of the Earth ein Statement bekannt gemacht, in dem sie den Kanzler davor warnen, in dem demnächst veröffentlichten Energiegesetz „die Nation am Gashaken hängen zu lassen“.

„Bis das Energiegesetz veröffentlicht wird, kennen wir die Energiepolitik der Regierung nicht. Aber wir wissen sehr wohl, dass sich der Kanzler für ein Gesetz stark macht, dass die Nation für Jahrzehnte weiter von schmutzigem und zunehmend teurem Gas abhängig halten will“, sagte die Leiterin der Kampagnen von Friends of the Earth.

„Der Premierminister muss handeln, um führende Konservative wie George Osborne davon abzuhalten, eine anti-grüne Agenda zu verfolgen und das Vertrauen von Investoren in grüne Energie zu untergraben.“

Dem Klimawandel zu begegnen war ein Schlüsselpart von David Camerons Plänen, die Conservative Party zu modernisieren – aber bevor er nicht die Dinosaurier in seiner eigenen Partei unter Kontrolle hat, wird er kaum Erfolg damit haben“.

Annie Reece

Read the [full CPI letter to the chancellor](#).

[http://www.resource.uk.com/article/UK/Government\\_policies\\_bad\\_news\\_UK\\_paper\\_industry-2433](http://www.resource.uk.com/article/UK/Government_policies_bad_news_UK_paper_industry-2433)

Link:

[http://www.resource.uk.com/article/UK/Government\\_policies\\_bad\\_news\\_UK\\_paper\\_i](http://www.resource.uk.com/article/UK/Government_policies_bad_news_UK_paper_i)

[ndustry-2433#.UKdWSmdXeNB](#)

Übersetzt von Chris Frey EIKE

Anmerkung des Übersetzers: Wie in früheren Artikeln: die hier beschriebenen Vorgänge in UK sind in D ja wohl noch viel stärker ausgeprägt!

C. F.